

Gemeinsame Stellungnahme

Alle 11 Kantonsräte aus dem Toggenburg stehen hinter der Landmittelschule Wattwil

Der Kanton St. Gallen ist, wie wohl kein anderer, ein Kanton der unterschiedlichsten Regionen. Diesem Umstand folgend, werden Infrastrukturen oder staatliche Dienstleistungen vielfach dezentral angesiedelt. Die Regierung stützt seit Jahrzehnten diese erfolgreiche Strategie des regionalen Ausgleichs.

Weder aus regionalpolitischen, föderalistischen noch aus objektiven Gründen gibt es Argumente, den Kantonsschulstandort Wattwil in Frage zu stellen. Schüler aus dem Linthgebiet – mit wenigen Ausnahmen – erreichen die Kantonsschule in Wattwil zwischen 7 und 30 Minuten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Bereich der Arbeit mutet man heute jedem zu, einen Arbeitsweg von rund einer Stunde in Kauf zu nehmen. Andere Beispiele von Institutionen, bei denen der Standort aus regionalpolitischen Gründen gewählt wurde, sind leicht zu finden: Das Bundesverwaltungsgericht steht in St. Gallen, weil ein Stück Bundesverwaltung auch in der Ostschweiz zu Hause sein soll. Und das Berufs- und Weiterbildungszentrum Rorschach-Rheintal steht in Altstätten, obwohl 70% der Schülerinnen und Schüler nicht aus dem Oberrheintal stammen.

Die Kantonsräte aus dem Toggenburg sind davon überzeugt, dass der Standort Wattwil für die Kantonsschule nach wie vor die beste Lösung ist. Neben den vorhandenen Vorzügen wie die Nähe zum Bahnhof, die geografische Lage im Einzugsgebiet und die ÖV-Verbindungen sind die regionalpolitischen Aspekte entsprechend zu gewichten. Idealerweise bietet sich in Wattwil gemeinsam mit der Berufsschule eine Campuslösung an, dabei können die vorhandenen Synergien in optimaler Art genutzt werden.

Die Kantonsräte aller Parteien aus dem Toggenburg stehen hinter der Kantonsschule Wattwil und stehen für einen zweckmässigen Neubau am Standort Wattwil ein.

Gleichzeitig wird die Regierung eingeladen, nach Vorlage der Ergebnisse aus den Standortanalysen rasch zu entscheiden. Die Botschaft soll über den Standort der Kantonsschule eine klare und transparente Aussage enthalten. Dies ist notwendig, damit wieder eine sachliche und zielgerichtete Arbeit ermöglicht wird. Aus Sicht der Kantonsräte soll diese Botschaft bis zum Frühjahr vorliegen.

Karl Brändle, CVP, Bütschwil-Ganterschwil; Roman Brändle, SVP, Bütschwil-Ganterschwil; Heinz Güntensperger, SVP, Mosnang; Donat Ledergerber, SP, Kirchberg; Christian Spoerlé, SVP, Ebnet-Kappel; Imelda Stadler, FDP, Lütisburg; Margrit Stadler, CVP, Kirchberg; Linus Thalman, SVP, Kirchberg; Andreas Widmer, CVP, Mosnang; Vreni Wild, FDP, Neckertal; Heinz Wittenwiler, FDP, Nesslau